

„Keine Grenzkontrollen durch die Hintertür“

Poppenhäger gegen verdachtsunabhängige Datenspeicherung bei Fluggästen

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) wird sich bei der Justizministerkonferenz am Mittwoch und Donnerstag in Halle gegen eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung bei Fluggpassagieren aussprechen. „Wir verstehen uns auch als Bürgerrechtsministerium“, so der 54-Jährige.



Gegen übermäßige Datensammelwut des Staates: Justizminister Holger Poppenhäger.

Von der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gibt es einen Gesetzentwurf, in Aufsichtsräten und Vorständen eine gesetzliche Frauenquote einzuführen. Sie machen sich für diese Regelung stark, warum?

Weil die Freiwilligkeit, die man zunächst mit den börsennotierten Unternehmen versucht hat, nicht funktionierte. Die Ergebnisse sind ernüchternd. Wir wollen jetzt verfassungsrechtlich prüfen lassen, ob und wie eine solche gesetzliche Geschlechterquote in der Wirtschaft möglich ist. Ich hoffe, dass die Justizministerkonferenz in Gänze hier ein klares Signal aussendet.

Und das ruft den Datenschützer Poppenhäger auf den Plan?

Wir verstehen uns hier auch als Bürgerrechtsministerium. Deshalb will ich frühzeitig darüber diskutieren. Dabei habe ich natürlich den Datenschutz der Reisenden im Auge. Neben der Quantität ist aus meiner Sicht bedenklich, dass die Informationen fünf Jahre lang gespeichert werden sollen. Was wir nicht wollen, ist dass dadurch die Grenzkontrollen, die wir durch das Schengen-Abkommen aufgehoben haben, indirekt wieder errichtet werden.

Der Staat begründet seine Datensammelwut gerne mit der Sicherheitslage.

Zu Unrecht. Das ist eine Form der umfassenden verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung, und die lehnen wir ab.

Sie wollen sich auch dafür stark machen, dass das Bauforderungssicherungsgesetz nicht geändert wird.

Das stimmt. Bislang ist es so, dass Geld, das an einen Bauträger fließt, nicht zweckentfremdet werden kann, sondern wirklich bei den Handwerksbetrieben ankommen muss. Also ein Bauunternehmer darf es nicht einfach dafür einsetzen, um Finanzlöcher an anderen Bauvorhaben zu stopfen. Es gibt nun Bestrebungen von der Bundesregierung und der Bauindustrie, dieses Gesetz wieder aufzuweichen. Aber ich bin mir mit den Thüringer Handwerkskammern einig, dass das nicht passieren darf.

Wie lange dauert es durchschnittlich im Freistaat?

80 Prozent aller Verfahren in den Jugendstationen werden innerhalb eines Monats abgeschlossen. Das ist der richtige Weg.

Aber die Unterbringungsmöglichkeiten für jugendliche Straftäter sind weiterhin schlecht.

Aus diesem Grund bauen wir in Arnstadt gerade eine neue Jugendstrafanstalt, die spätestens Ende 2013 bezogen werden soll. Es wird dort Einzelhaftsräume,

aber auch Wohngruppen sowie eine sozialtherapeutische Abteilung geben. Insgesamt entstehen 280 Haftplätze im geschlossenen und 20 Haftplätze im offenen Vollzug für männliche Gefangene, zudem 40 Jugendarrestplätze mit Differenzierungsmöglichkeiten zwischen männlichen und weiblichen Gefangenen. Sowohl der Jugendarrest in Weimar als auch das Gefängnis in Ichtershausen, beides alte und dringend sanierungsbedürftige Gebäude, sollen dann geschlossen werden.

Auch die Justizvollzugsanstalten, in denen Erwachsene untergebracht sind, bieten oft nur miserable Haftbedingungen. Wann und wo entsteht der lange erwartete Neubau in Ostthüringen, den sie mit Sachsen gemeinsam realisieren wollen?

Der Neubau kommt, ob mit oder ohne Sachsen, weil wir ihn brauchen. Wir bauen irgendwo zwischen Hermsdorf und Zwickau. Es ist aber noch nichts beschlossen.

Und der Finanzminister hat angesichts der Kosten von 130 Millionen Euro noch nicht sein Veto eingelegt?

Nein. Er weiß auch, dass der Neubau zu Synergieeffekten führen wird. Die Kosten würden mit Sachsen geteilt. Wir können dann völlig veraltete und kostenintensive Anstalten in Gera und Hohenleuben schließen.

Und Sie werden die Baukosten hoffentlich nicht in einem Schattenhaushalt verstecken, oder?

Wenn Sie damit auf die in der Vergangenheit gerne praktizierte öffentlich-private Finanzierung anspielen, haben sie Recht. Wir sind uns alle einig, dass wir konventionell bauen und die Kosten transparent ausweisen wollen.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Urteil zur Neugestaltung der Sicherungsverwahrung gesprochen. Davon ungeachtet sind Regelungen zum Tragen elektronischer Fußfesseln. Sie sind ein Befürworter dieser Art der Überwachung.

Richtig. Ich habe sogar einen Etatposten für die elektronische Fußfessel im Justizhaushalt beantragt. Wir wollen uns gemeinsam mit allen anderen Bundesländern an einem Projekt mit Hessen beteiligen, damit Thüringen vorbereitet ist, wenn die Gerichte eine solche elektronische Aufenthaltsüberwachung anordnen.

Ein anderes Pilotprojekt, das zur Mediation, läuft seit gut zwei Jahren in Thüringen. Jetzt gibt es Befürchtungen, dass es durch das geplante Bundesgesetz tangiert wird. Zu Recht?

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass unser Modell zur innergerichtlichen Streitschlichtung nicht negativ beeinflusst wird. Das Projekt ist qualitativ und nicht quantitativ angelegt. Es sollen vor allem die schwierigen und komplexen Fälle mit Hilfe von alternativen Konfliktlösungsmethoden gelöst werden. Derzeit gibt es 38 Güterrichter und -richterinnen in Thüringen. Der Modellversuch ist auf drei Jahre bis zum 31. Dezember 2011 angelegt. Die wissenschaftliche Evaluierung ist voraussichtlich im Frühjahr 2012 abgeschlossen.

War das Projekt erfolgreich?

Das kann man wohl sagen. Über zwei Drittel der Güterrichter-Verfahren werden mit Einigung von Güterrichtern erledigt. Die Erfolgsquote bei Erbsachen liegt bei 80 Prozent, bei Nachbarschaftsstreitigkeiten bei 76 und bei Familiensachen bei 69 Prozent. Die häufigsten Verfahrensgegenstände bei den Zivilgerichten kamen aus dem Erbrecht, Nachbarschaftsstreit, Familienstreit, Werkvertrag und dem Komplex Miete, Leihe, Pacht. Beim Landesarbeitsgericht waren es Kündigung und Vergütung.

Die Richter beschwerten sich seit längerem über mangelnde Mitbestimmung.

Zu Recht. Richter sind in Bezug auf ihre Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte momentan schlechter gestellt als Beamte. Beispielsweise wenn es um Versetzungen oder Richtlinien für Einstellungen geht. Das gleiche gilt für Schadensersatzansprüche gegen Mitarbeiter. Diese Diskrepanz leuchtet mir nicht ein, und es gibt auch keinen Grund dafür. Noch vor der Sommerpause möchte ich das Richtergesetz zum ersten Mal ins Kabinett bringen.

Ein Thema, das immer wieder auf der politischen Agenda auftaucht, ist das NPD-Verbotsverfahren. Jetzt will Sachsen-Anhalt einen neuen Antrag erarbeiten. Ist der Freistaat mit im Boot?

Wenn es eine Chance gibt, werden wir es in Thüringen unterstützen. Das heißt aber auch, wir müssen zuvor dafür sorgen, dass die Voraussetzungen für einen Erfolg geschaffen werden und kein V-Mann mehr dem NPD-Vorstand angehört. Logistik und intellektuelle Kapazitäten, soweit sie bei der NPD überhaupt vorhanden sind, werden schließlich zu großen Teilen aus der Staatskasse bezahlt. Auch die organisatorischen Voraussetzungen für einen Großteil der Demonstrationen werden quasi indirekt durch Steuergelder finanziert. Verfassungsfeinde wollen wir nicht länger unterstützen.

TLZ-PODIUM



Europa und der Rechtsstaat: Dies ist zunehmend Thema auch in Thüringen. Es diskutierten mit TLZ-Chefredakteur Hans Hoffmeister (rechts) die Juristen Malgorzata Minecka, Florian Hoffman, Frau Christine Lindemann-Proetel, Jerzy Kranz, Akaki Ighamadze und Annelie Gallon (v. l.) Foto: Peter Michaelis

Europa lernt von der Weimarer Republik

Thüringen spielt zunehmend in der Rechtswelt eine Rolle

■ Von Elmar Otto

Erfurt. „Man muss doch irgendetwas Bescheid geben können, es muss doch eine Möglichkeit zur Beschwerde geben“, schrieb A. L. Kennedy. TLZ-Chefredakteur Hans Hoffmeister zitierte die schottische Bestsellerautorin am Montag – händeringend – auf der Suche nach einem „Packende“ für die weitere Entwicklung des Völkerrechts zur Befriedung von aktuellen weltweiten Konflikträumen. Die Stabschefin des Justizministers, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, hatte zum Rechtspolitischen Europatag gleich eine sechsköpfige Expertenrunde ins Augustinerkloster eingeladen, die Hoffmeister vor den Spitzen der Thüringer Justiz zu „bändigen“ hatte. Kein leichtes Unterfangen.



Stabschefin beim Justizminister: Ulla Kalbfleisch-Kottsieper. Foto: Peter Michaelis

„Für Libyen sterben?“ fragte Ex-Botschafter Jerzy Kranz (Warschau) provozierend. Ein Lob für die Fortschritte erfuhren Weltfriedensrat und Nato, obwohl die Vetorechte schwierig zu handhaben seien: eine Blockade der Russen drohe immer wieder zu paralysieren. Die Lage sei insgesamt aber aktuell sehr viel positiver zu bewerten als die im Kosovo, wo die Nato seinerzeit ohne Grundlage bombardiert hatte.

Doch – so Kranz – Appeasement wie in der Hitlerzeit sei kein Weg. Die von Gewalt bedrohten eigenen Bürger eines jeden Landes müssten geschützt werden! 20 Millionen Menschen seien schon in China ermordet worden – „und alle wussten das, und es gab keine Chance durch Gewalt von außen“. Der Staat habe nach Möglichkeit seine Interventionspflicht wahrzunehmen, wider-

sprach der polnische Ex-Botschafter der gängigen „Meckerei“ zum Thema Libyen. Schließlich habe in Bengasi ein Massaker gedroht.

Viel Neues bis hin zu Kontrollen auf hoher See sei jetzt eingeführt worden. Dies werde weitergehender das Krisen-geschehen stabilisieren helfen. Eine junge Juristin aus Plauen, in den USA studiert, Annelie Gallon, kritisierte Kanzlerin Angela Merkel und ihre Libyen-Haltung scharf.

Geht eigentlich der Primat des Rechts vor Staatlichkeit?, fragte der Erfurter Florian Hoffmann (Willy-Brandt-Schule). Es herrschte weithin Einigkeit, dass gestaltende Politik vorgehe.

Hoffmann empfahl die Weimarer Republik als Lernziel. „Sie war lebendiger als manche denken. Es war eine produktive intellektuell-dynamische Zeit.“ So wie damals geübt wurde, solle man heute die Weltkrisen angehen, empfahl der Professor.

Christine Lindemann-Proetel, Jenaer Richter, seit langem ins Kosovo abgeordnet, schil-

derte die Praxis. Sie hat es erlebt! Nach dem Krieg scheiterten alle Verhandlungen angesichts der beschlossenen Neutralität. Wesen Gesetze anzuwenden seien, das sollten die Richter frei entscheiden. „Machen Sie mal!“ hieß die Aufforderung. Die Folge: Es wurde das UNMIK-Recht angewendet unter Anerkennung der rechtlichen Alltagsfragen – prompt vom Verfassungsgerichtshof des Kosovo als Verletzung gebrandmarkt. Dieser Vorgang zeige allein das ganze Problem der Mission, kommentierte Christine Lindemann-Proetel.

Der Georgier Akaki Ighamadze plädierte mit Blick auf Russland („ein reiches Land“), bei Eigeninteresse „den Hahn zu sperren“. Für Hoffmann ist dies eine egozentrische Sicht. „Russland und China können uns den Hahn sperren, so sieht's aus“, sagte er. Hoffmann empfiehlt handels- und umweltrechtliche Vertragskonstrukte. Dies könne Vertragspartner binden – jenseits von Appellen. Denn: „Die Welt wird fragmentierter.“

Überhaupt Russland: Kranz widersprach der von Hoffmeister thematisierten Idee des Bundespräsidenten Wulf, in Weimar geäußert, Russland ans „Weimarer Dreieck“ zu binden oder vielleicht sogar daran zu beteiligen. Er verteidigte zugleich das Völkerrecht und Den Haag: „Es ist ein großer Fortschritt, auch wenn man sich nicht immer durchsetzt.“

Fazit – so Minister Holger Poppenhäger (SPD): Es ist an der Zeit, dass sich auch Thüringen mit seiner mittlerweile demokratischen Kultur in die internationale Rechtswelt einmischt. Er dankte Hoffmeister für Provokation und Ungeduld bei der Gesprächsführung.

Anzeige

Thüringen isst herzhaft!

Rezepte von und für unsere Leser (Teil 8)



Gewitterwürstchen (von Tina Ackermann aus Jena)

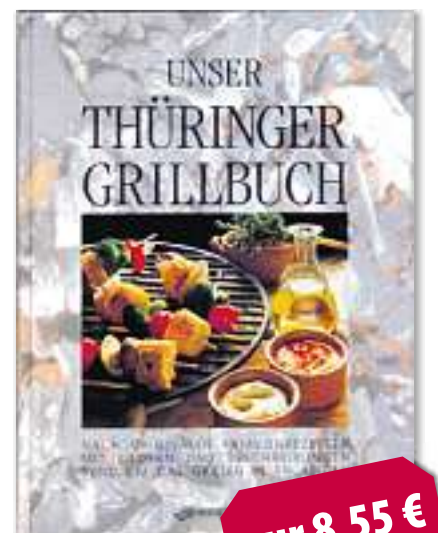
Zutaten: 4 kurze dicke Bockwürste, 1 EL Senf, 2 Schreibe gekochter Schinken, 2 Scheibe Käse, 1 EL Öl, 4 EL Ketchup Curry

Die Würste werden der Länge nach eingeschnitten und innen mit Senf bestrichen. Schinken- und Käsescheiben in Streifen schneiden und als Füllung in die Würstchen legen. Die gefüllten Würstchen bestreicht man mit Öl und lässt sie grillen, bis der Käse zerläuft. Vor dem Servieren mit Ketchup und Curry garnieren.

Zu den Gewitterwürstchen passt sehr gut selbstgebackenes Schinkenbrot.

Aus dem Buch: Unser Thüringer Grillbuch

Auf 191 Seiten finden Sie über 200 traditionelle Familien-Rezepte aus Thüringen vom gegrillten Hackfleischbrot bis hin zu Grillrippchen.



nur 8,55 €



LeserShop

Jetzt in Ihrem Pressehaus erhältlich!

Bestellservice:

☎ 0361 - 227 54 41

🌐 www.zgt.de/lesershop